

Arbeiter-Samariter-Jugend



Nordrhein-Westfalen

DigiLab

Unser Positionspapier zur
Digitalisierung! Jetzt mitdiskutieren!
#asjdigilab





Positionspapier

Positionen der ASJ NRW zu Digitalisierung und Gesellschaft

Die digitale Transformation demokratisch, solidarisch und vielfältig gestalten

Digitalisierung ist in aller Munde: Viele Bereiche unseres Lebens sind bereits von digitalen Anwendungen geprägt, etwa am Arbeitsplatz, beim Einkauf oder beim Bezahlen mit dem Smartphone, bei der Kommunikation über soziale Netzwerke und der Möglichkeit, eigene Inhalte ins Netz zu stellen bis dazu, das eigene Zuhause mithilfe digitaler Helfer zu automatisieren.

Auch die Arbeitsfelder der ASJ und des ASB sind von Digitalisierung betroffen, im Bevölkerungsschutz, in der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Pflege gibt es kontinuierlich digitale Innovationen, die die Arbeit erleichtern, mehr Teilhabe ermöglichen oder durch den Einsatz neuer Technologien neue, innovative Perspektiven eröffnen.

Wir stellen jedoch fest, dass die immer schnelleren Entwicklungen in diesem Bereich dazu führen, dass wir mehr und mehr von diesem Wandel getrieben werden, viele Prozesse sich als alternativlos und unausweichlich darstellen.

Hinzu kommt, dass zum Beispiel Skandale um Sicherheitslücken, kommerzielle Überwachung und Datenlecks das Vertrauen vieler Bürger_innen, darunter auch etliche junge Menschen, in die Kompetenz der beteiligten Akteure erschüttern. Politiker_innen, die wichtige Entscheidungen für unsere Freiheit und Sicherheit treffen, machen oft den Eindruck, mit den technischen Entwicklungen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen überfordert zu sein.

Wir stecken mitten in einem Transformationsprozess – technisch und gesellschaftlich. Doch die neuen Technologien beantworten nicht die Frage, wie wir Menschen leben und wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen. Als Jugendverband des Arbeiter-Samariter-Bundes NRW e.V. ist es unser Anliegen, die technologischen Entwicklungen und die damit verbundenen ethischen und moralischen Fragen zu reflektieren, mitzubestimmen und zu gestalten. Denn nur dadurch kann es uns gelingen, die Vorteile der digitalen Welt so zu nutzen, dass sie unsere Gesellschaft voranbringen und uns dabei helfen, unser Zusammenleben lebenswerter zu machen.

Sozialverbände sind als bedeutender gesellschaftlicher Akteur und Arbeitgeber besonders gefordert, die digitale Entwicklung mit ihrer sozialen Expertise und ihrem umfassenden Blick auf das menschliche Zusammenleben kritisch zu begleiten.

In unserem Jugendverband haben wir uns intensiv mit der Frage beschäftigt, welche Voraussetzungen wir brauchen, um die bereits existierenden technischen und technologischen Möglichkeiten und die Entwicklungen, die sich durch die fortschreitende Digitalisierung noch entwickeln werden, so in unsere Gesellschaft zu integrieren, dass ein demokratisches, solidarisches und vielfältiges Leben (noch) möglich ist. In diesem Positionspapier thematisieren wir wichtige und grundlegende Aspekte, die uns derzeit als besonders vordringlich erscheinen.

Digitalisierung und gesellschaftlicher Wandel

Wir betrachten es als Chance und gleichzeitig als Herausforderung und Notwendigkeit, die weitreichenden Auswirkungen der digitalen Entwicklungen mitzugestalten. Wir orientieren uns dabei an den Bedürfnissen der Menschen und an unseren Werten als Jugendorganisation eines großen Hilfs- und Wohlfahrtsverbandes, an Demokratie, Solidarität, Vielfältigkeit, Hilfsbereitschaft und Weltoffenheit. Und wir konstatieren: Eine Zunahme von Technologisierung in allen Lebensbereichen ist nicht aufzuhalten, der Prozess hat viele bedeutende Lebensbereiche von uns allen erfasst. Daher müssen wir sie als gesellschaftliche Transformation ernst nehmen. Wir wollen dazu beitragen, tragfähige Strategien zu entwickeln, wie wir diesen Transformationsprozess demokratisch, solidarisch und vielfältig gestalten können.

Es reicht nicht, als Strategie für die Digitalisierung einen Ausbau der technischen Infrastruktur in Aussicht zu stellen. Eine solche flächendeckende Infrastruktur in einer sehr guten Qualität ist die Grundlage aller Überlegungen zum digitalen Wandel. Die Möglichkeit zur Teilhabe an digitaler Infrastruktur gehört für uns zu den wichtigen grundsätzlichen Ansprüchen eines Menschen. Sie ist Grundlage für die aktive Beteiligung an digitalen Prozessen und Diskussionen und gehört für uns ganz selbstverständlich zum gesellschaftlichen Leben dazu.

Der Einsatz für eine lebenswerte Gesellschaft mit digitalen Möglichkeiten darf daher bei der Netzabdeckung nicht stehen bleiben und muss sich Fragen nach einem menschengerechten Umgang mit den neuen Technologien widmen. Dabei muss etwa sichergestellt werden, dass die neuen Technologien auch für Menschen mit Behinderung verfügbar und nutzbar sind. Digitale Barrierefreiheit darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss bei der (Weiter-)Entwicklung von Technologien von Anfang an mitgedacht und verwirklicht werden.

Wir setzen uns für eine menschenwürdige, weltoffene, vielfältige, tolerante Gesellschaft ein, in der wir respektvoll und auf Augenhöhe miteinander umgehen. Zu einer solchen Gesellschaft gehört für uns auch, dass wir Konzerne und Unternehmen sowie politische Entscheidungsträger_innen in die Verantwortung nehmen, damit sie sich für eine menschengerechte Umsetzung der Digitalisierung einsetzen. Auch digitale Konzerne müssen gemäß unseren demokratischen Strukturen agieren, sie dürfen sich nicht zu unabhängigen, antidemokratischen Instanzen entwickeln. Eine

Kontrolle und Regulierung bei Zuwiderhandlung ist unabdingbar, denn die Wirkungsmächte dieser Strukturen sind mittlerweile so groß geworden, dass persönliche Verhaltensänderungen allein die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen nicht auslösen.

Wir begrüßen es, dass der ASB NRW e.V. mit seiner Digitalisierungsstrategie eine wichtige Blaupause zur Entwicklung und Durchführung eines sozialen Digitalisierungsprozesses im sozialen Bereich vorgelegt hat.

Digitalisierung und Datensouveränität, informationelle Selbstbestimmung

Mittlerweile gibt es in Europa einheitliche Standards zum Schutz unserer persönlichen Daten. Doch die gesetzlichen Regelungen haben vor allem dazu geführt, dass zahlreiche juristisch geprägte Texte entstanden sind. Wir fordern, auch im Sinne der Barrierefreiheit, dass es auf Websites und in digitalen Anwendungen Allgemeine Geschäftsbedingungen und Datenschutzerklärungen gibt, die leicht verständlich und transparent deutlich machen, welche Daten und Metadaten der Nutzer_innen erhoben werden und was mit diesen Daten geschieht.

Wir fordern, dass die Sanktionen, die für Gesetzesverstöße festgelegt sind, auch umgesetzt werden. Dafür brauchen Datenschutz und Verbraucherschutzbehörden ausreichend Personal, das für die Verfolgung der Daten-Straftaten entsprechend ausgebildet ist.

Damit Nutzer_innen ihre Daten selbstbestimmt verwalten können, fordern wir darüber hinaus ein Recht auf Verschlüsselung. Dieses Recht soll nur durch grundgesetzkonforme, stark rechtsstaatlich wirksame Verfahren aufgehoben werden können. Diese Verfahren sollen auch für Online-Durchsuchungen gelten.

Sicherheitslücken dürfen von staatlichen Stellen nicht ausgenutzt und müssen so schnell wie möglich geschlossen werden. Wir fordern, dass Geräte- und Softwarehersteller verpflichtet werden, solche Sicherheitsupdates möglichst schnell zu erstellen und auszuspielen.

Digitalisierung ist nicht allein von großen Konzernen und weltumspannenden Unternehmen abhängig. Die Open-Source-Bewegung setzt darauf, Software, aber auch Inhalte und Wissen öffentlich einsehbar, änderbar und nutzbar zu machen. Wir fordern eine deutlich bessere staatliche Unterstützung von Open-Source-Systemen und die Förderung von datensparsamen Anwendungen in Industrie, Handel und Dienstleistungssektor. Dazu gehört für uns auch eine größere öffentliche Förderung von bürgerschaftlichen Projekten zur Digitalisierung im sozialen und gesellschaftlichen Bereich.

Uns ist aber auch wichtig, dass sich Menschen auch gegen digitale Systeme entscheiden können, etwa bei der Einreichung der Steuererklärung, bei Behördenanträgen, Bankgeschäften etc. Denn wenn digitale Angebote zur Pflicht werden, besteht etwa die Gefahr, dass Menschen, die mit digitalen Techniken nicht souverän umgehen können, ausgeschlossen werden. Zudem sind Anbieter von digitalen Systemen aufgefordert, ihre Angebotspalette so zu gestalten, dass eine

Nutzung ihrer Dienstleistungen auch ohne Weiterverarbeitung, etwa zu Werbezwecken, möglich ist.

Digitalisierung und Bildung

Damit Menschen lernen können, mit den technischen und ethischen Herausforderungen des digitalen Zeitalters gut umzugehen und seine Möglichkeiten für die Gestaltung unserer Gesellschaft zu nutzen, brauchen wir eine gute Ausstattung von Schulen, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen. Dabei darf die Ausrüstung nicht bei den technischen Komponenten stehen bleiben. Wir brauchen nicht nur gute Hard- und Software, sondern auch gute Grundlagen, um technische Entwicklungen ethisch und moralisch bewerten zu können.

Wir fordern digitale Bildung nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch die Förderung medienpädagogischer Angebote für Lehrer_innen, Erzieher_innen, Leitungen von Kinder- und Jugendgruppen und Eltern.

Wir fordern daher Politik, Wohlfahrtsverbände, Wirtschaftsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure auf, sich für solche Angebote stark zu machen und unsere Anliegen zur Digitalisierung und zur Weitergabe digitaler Kompetenzen zu unterstützen und eigene Angebote zu entwickeln.

Die Entwicklung von digitalen Techniken ist immer noch von Männern dominiert. Die gezielte Förderung von Frauen, die Repräsentanz dieser in wichtigen Foren und Think Tanks zur Digitalisierung sowie eine Personalzusammensetzung bis in die Führungsspitzen, die die Vielfalt einer modernen Gesellschaft widerspiegelt, sind in der Digitalwirtschaft notwendig.

Neben der Informationsbeschaffung muss auch die Fähigkeit zur Meinungsbildung und zur Technikfolgenabschätzung zu den Grundlagen von Bildung und Ausbildung im digitalen Zeitalter gehören.

Wie wir mit digitalen Technologien umgehen, muss zwischen den Generationen ausgehandelt werden. Auch junge Menschen, die heute noch keine gesellschaftliche oder politische Verantwortung tragen (dürfen), aber mit den Folgen der Digitalisierung leben müssen, müssen in diesem Prozess gehört werden und mitbestimmen dürfen. Bei der Technikfolgenabschätzung und anderen Zukunftsfragestellungen ist daher auch die Meinung von Jugendlichen zu berücksichtigen.

Zudem fordern wir die Integration von ethischen und philosophischen Modulen in die Lehrpläne, Ausbildungs- und Studienordnungen von Berufen und Fachrichtungen, die die Digitalisierung aktiv gestalten. Eine solche Ausbildung darf nicht allein den Softwareingenieuren überlassen werden.

Ebenfalls ist uns wichtig, dass Projekte und Initiativen gefördert werden, die sich mit negativen Auswirkungen und Problemen digitaler Kommunikation, wie zum Beispiel Cybermobbing oder Cybergrooming auseinandersetzen. Es muss noch mehr getan werden, um solchen Gewalttaten vorzubeugen und darüber aufzuklären, wie man im Ernstfall richtig reagiert.

Digitalisierung und persönliche Entwicklung

Wir sind die erste Generation, die keine Zeit ohne Digitalisierung kennengelernt hat. Durch unser ehrenamtliches Engagement kennen wir soziale Projekte und wissen, was es braucht, damit wir als Gesellschaft zusammenhalten und gut zusammenleben können. Mithilfe der Digitalisierung können wir diese Werte stärken und unser Engagement ausbauen.

Es ist nachgewiesen, dass die Nutzung sozialer Netzwerke Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung haben kann. Während die Plattformen den einen zusätzliche Möglichkeiten der Teilhabe bieten, fühlen andere sich unter Druck gesetzt, sich selbst und das öffentliche Bild ihrer Person ständig zu optimieren.

Wir fordern ausreichende finanzielle Mittel für Jugendverbände und Träger der Kinder- und Jugendhilfe, um Kindern und Jugendlichen einen stärkenden und das eigene Engagement unterstützenden Umgang mit sozialen Medien zu vermitteln und gemeinsam mit den Betroffenen Strategien für eine nachhaltige Nutzung zu erarbeiten.

Dabei sind solche Projekte besonders zu berücksichtigen, die einen partizipativen Ansatz haben und den richtigen Umgang mit digitalen Technologien gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen erarbeiten.

Wir brauchen ein Forum, in dem wir die Debatte über die Zukunft im digitalen Zeitalter ergebnisoffen und ohne Produktorientierung führen können. Die Politik ist nun gefordert, solche Räume zu eröffnen und auch finanziell zu fördern.

Digitalisierung und die offene Gesellschaft

Viele der neuen technischen Möglichkeiten führen dazu, dass menschliches Verhalten beobachtet und normiert werden kann. Nicht erwünschtes oder nicht mehrheitskonformes Verhalten kann dann unterdrückt und sanktioniert werden. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der jede_r sich entfalten kann, wie es ihren oder seinen Talenten und Bedürfnissen entspricht, ohne von einem sozialen Belohnungs- und Bestrafungssystem konditioniert zu werden. Wir lehnen darum eine anlasslose Überwachung, gerade auch von privaten und öffentlichen Orten, ab.

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt fördern und so auch unsere Demokratie stärken. Durch unser ehrenamtliches Engagement tragen wir bereits dazu bei, eine solche Gesellschaft mitzugestalten.

Wenige Konzerne beherrschen die großen Entwicklungslinien auf dem digitalen Markt. Diese entwickeln oftmals nicht nur Hard- und Softwarelösungen für fast alle Alltagssituationen und wirtschaftlichen und staatlichen Anforderungen, sondern haben meist auch Zugriff auf enorme Datenmengen (Big Data) und sind an der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz beteiligt (KI). Dies erhöht eine Abhängigkeit der Nutzer_innen und lässt viele Entwicklungen mitsamt ihrer negativen ethischen Folgen als alternativlos erscheinen. Durch die Bildung digitaler Monopole oder Oligopole sehen wir die Demokratie in Gefahr.

Mithilfe digitaler Hilfsmittel können sich zukünftig auch Menschen für andere engagieren, denen dies bislang zum Beispiel aufgrund einer Erkrankung oder einer Behinderung nicht möglich war. Die Entwicklung solcher Technologien muss gefördert und ihr Einsatz im Ehrenamt unterstützt werden.

Digitalisierung und Klimaschutz

Wissenschaftler_innen der verschiedenen mit dem Klimaschutz verbundenen Fachrichtungen drängen dazu, jetzt politische Weichenstellungen zu schaffen, um den menschengemachten Klimawandel so gut es noch geht einzudämmen und die Erderwärmung zu begrenzen.

Wir fordern, den Klimaschutz beim Thema Digitalisierung immer mitzudenken. So setzen wir uns für die ethische und nachhaltige Produktion technischer Geräte ein. Dazu gehören für uns ein Verbot von geplanter kurzer Funktionsdauer, Forschung an längeren Lebenszyklen von Geräten und Investitionen in deren Update- und Reparaturfähigkeit.

Neben einer nachhaltigen Produktion müssen aber auch unbedingt menschenwürdige Arbeitsplätze und eine gerechte Bezahlung der Arbeitskräfte gewährleistet werden, die die neuen Geräte herstellen – national und international.

Auch im privaten Konsum und beruflichen Alltag steckt enormes klimaschonendes Sparpotenzial: So können oftmals Videokonferenzen Reisen und digitale Dokumente Papierausdrucke ersetzen.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Eine der großen Innovationslinien im Bereich der Digitalisierung betrifft die Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI). Wir beobachten, dass im Diskurs dazu eine starke Fokussierung auf schwache KI stattfindet – also auf Entwicklungen, die auf die Erfüllung klar definierter Aufgaben ausgerichtet sind und die ihre Methoden zur Lösung der Aufgaben nicht abwandeln. Wir müssen uns jedoch auch damit beschäftigen, wie wir mit den einschneidenden Möglichkeiten von starker KI umgehen, also mit Systemen, die die intellektuellen Fertigkeiten von Menschen erreichen oder gar übertreffen können. Solche Systeme reagieren nicht nur, sondern können auch, aus eigenem Antrieb, flexibel und intelligent agieren.

Um das Zusammenleben zu fördern und gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen, muss öffentlich diskutiert und in einem demokratischen Prozess festgelegt werden, ob – und wenn ja wo und in welchem Rahmen – wir Systeme mit starker KI zum Einsatz bringen wollen.

Digitalisierung und Hate Speech

Digitale Kommunikationsportale können zur Verbreitung von Beleidigungen, Hass und Gewalt beitragen. Das bedroht nicht nur den freien Meinungs Austausch, sondern hat in der Folge auch fatale Konsequenzen für unsere Gesellschaft und unsere

Demokratie. Insbesondere rechtsextreme/-populistische und völkische Gruppen fallen durch Hassbotschaften bis hin zu Bedrohungen auf und manipulieren Diskussionen.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wir fordern effektiven Schutz für diejenigen, die von Hass und Bedrohungen im Netz betroffen sind. Wer sich nicht an die grundlegenden Regeln des Miteinanders hält, muss mit Konsequenzen rechnen – staatlichen und gesellschaftlichen.

Das strafrechtliche Vorgehen entlässt die Zivilgesellschaft jedoch nicht aus der Verantwortung und Verpflichtung, sich für eine gerechtere Welt einzusetzen. Als ASJ NRW sind wir eigenverantwortliche Akteure für eine solche offene, menschenfreundliche und vielfältige Gesellschaft. Mit unseren Angeboten für Kinder und Jugendliche gestalten wir eine solche solidarische, tolerante und respektvolle Gesellschaft mit. Dazu gehören für uns ganz selbstverständlich auch Angebote zur digitalen Sozialisation.

Aktuelle Statistiken zeigen, dass auch Kinder und Jugendliche massiv mit Hass im Netz konfrontiert und ihm nicht selten schutzlos ausgeliefert sind: Wir fordern verpflichtende Weiterbildungen von Jugendleiter_innen, Lehrer_innen und anderen Akteuren in der Kinder- und Jugendarbeit und Präventionsprogramme, an denen Schulklassen, Kinder- und Jugendgruppen und Multiplikator_innen aus Jugendverbänden kostenfrei teilnehmen können.

Digitalisierung und Forschung, Technologien und Patente

Digitalisierung beschleunigt auch die Entwicklungen in anderen Technologiebereichen, etwa der Gentechnik und der Nanotechnologie. Durch die intensive Verknüpfung verschiedener Forschungsdisziplinen entstehen neue schwerwiegende ethische Fragen, etwa bei der Debatte um sogenanntes „lebenswertes Leben“, genetisch veränderte Lebensmittel, der Patentierung von Lebewesen und der Züchtung von Hybridwesen.

Grundlegende, zukunftsweisende und stark gesellschaftsverändernde Forschungsansätze sind mittlerweile in privatwirtschaftlicher Hand oder finden in enger Zusammenarbeit von Unternehmen und Universitäten statt. Wir sehen die Gefahr, dass die freie Forschung damit immer mehr ins Hintertreffen gerät und konsequenzenreiche Abhängigkeiten zu wenigen privatwirtschaftlichen Unternehmen entstehen.

Weder die Politik, Wirtschaft noch Forschung können momentan abschätzen, was diese Beschleunigung in Forschung für Konsequenzen auf unser Alltagsleben, unsere ethischen Vorstellungen und unser gesellschaftliches Miteinander hat. Die aktuelle weltweite Situation stellt sich für uns wie ein gigantisches erdumfassendes Experiment mit völlig offenem Ausgang dar. Wir fordern daher von der Politik, für eine Offenlegung der Verflechtungen von Wissenschaft und Wirtschaft zu sorgen und in den Parteien, Behörden und staatlichen Einrichtungen Expertise aufzubauen, so dass auf neue Entwicklungen schnell reagiert werden kann. Darüber hinaus wollen wir, dass die politisch Verantwortlichen sich auch als Impulsgeber_innen für digitale

Entwicklungen verstehen, die ethischen Grundsätzen verpflichtet sind und fortschrittliche digitale Impulse mit positiven Auswirkungen auf die Gesellschaft initiieren.

Fazit

Wir junge Menschen müssen jetzt und in Zukunft mit den Entscheidungen von heute leben. Die ASJ NRW ist bereit, die Diskussion über ethische, soziale und wirtschaftlichen Grundlagen der Digitalisierung voranzutreiben. Wir wollen die Veränderungen, die sich aktuell und in den kommenden Jahren vollziehen, aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Daher ist es unabdingbar, dass wir in alle relevanten gesellschaftlichen Diskussionen und Prozesse einbezogen werden, damit sich die digitale Transformation demokratisch, solidarisch und vielfältig gestaltet.

Köln, im Februar 2020